



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Unsere Wahlforderungen.

Der Reichstag, den das deutsche Volk vor vier Jahren gewählt hatte, ist aufgelöst. Die seitdem verflochtenen Jahre haben uns wenig Gutes gebracht, und wie damals, so liegt auch heute noch die Zukunft dunkel vor uns. Feindlicher Druck hat sich auf unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet gelegt und damit die deutsche Wirtschaft an ihrem Lebensnerv getroffen. Und während Siegesübermut in Gemeinschaft mit Separatisten ganze Gebiete von Deutschland loszureißen droht, erhob im Osten, Norden und Süden der Aufruhr sein Haupt, um das republikanische Deutschland zu stürzen und die Militärmonarchie der Vorkriegszeit wieder einzuführen. Bayerns Regierung machte sich zur Stütze dieser

hochverräterischen Umtriebe,

bis sie selber fürchten mußte, hinweggerissen zu werden, und den Aufruhr unterdrückte. Fast täglich erscheinen dagegen die kommunistischen Versuche zur Erneuerung revolutionärer Erhebungen in Mitteldeutschland und Hamburg, denen die Reichsregierung mit dem ganzen Schwergewicht der Diktatur entgegengetreten ist, während sie den nationalsozialistischen Hochverrätern gegenüber verlagte. In diesem Chaos außenpolitischer Vergewaltigung und innerer Verrohung, wirtschaftlichen Verfalls und sozialpolitischer Reaktion wird das deutsche Volk an die Wahlurne berufen, um die neue Volksvertretung zu wählen.

Die deutschen Gewerkschaften, die größten aller Volksorganisationen, können bei diesen Wahlen nicht abseits stehen. Handelt es sich doch um die Entscheidung über die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres ganzen Volkes, um die Zusammenfassung von Reichstag und Regierung, um die Richtung der Außen- und Innenpolitik, vor allem um die Entscheidung, ob

Deutschland in Zukunft monarchistisch oder republikanisch

sein soll. Die Arbeiterklasse hat von der Wiederherstellung des alten Regimes nur die alte politische Rechtslosigkeit, die alte Unterdrückung und Ausbeutung zu erwarten.

Die Erhaltung und Verteidigung der Republik

muß daher für sie der Ausgangspunkt aller Erwägungen und Forderungen sein, mit denen sie in den Wahlkampf eintritt, getragen von der Erkenntnis, daß die demokratisch-republikanische Verfassung die Voraussetzung bildet für den sozialen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Ein republikanisches, demokratisches Deutschland allein bildet auch die Bürgschaft gegen neue Kriegesgefahren, sowie für eine baldige Befreiung der besetzten Gebiete durch Verträge auf dem Boden einer festen, ehrlichen Reparationspolitik.

Die Gewerkschaften treten nachdrücklich ein für die Politik des Wiederaufbaues in allen vom Krieg betroffenen Ländern durch wertvolle Arbeit.

Nicht Waffen, — nur friedliche Arbeit

Kann der Welt den Frieden wiedergeben.

Die Wiedergesundung Deutschlands erfordert eine feste republikanische Republik, die zielbewußt alle legalen Kräfte des Staates gegen die auf Umsturz der Weimarer Verfassung gerichteten Bestrebungen einsetzt, nicht aber die Militärdiktatur gegen die Arbeiter, die beste Stütze der Republik, aufbaut.

Die heimische Wirtschaft hat zwei gesunde Reserven, die ihr den Wiederaufbau gewährleisten, — das sind

deutsche Organisation und Technik und deutsche Arbeit.

Ihrem Zusammenwirken wird es gelingen, den für die Wirtschaft erforderlichen Kredit zu beschaffen. Verfehlt wäre eine Wirtschaftspolitik, die das kostbarste Wirtschaftsgut, die deutsche Arbeitskraft, in schranken-

loser Ausbeutung verweist, anstatt sie durch Schutzleistungsfähiger zu machen. Deshalb fordern die Gewerkschaften

die Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages

gerade im Interesse der Steigerung der Produktion. Die staatliche Lohnpolitik muß darauf gerichtet sein, den Arbeitern und Angestellten einen auskömmlichen Lebenslohn zu sichern, der die Erneuerung der vollen Arbeitskraft ermöglicht. Es ist verfehlt, die Löhne unter den Friedensstand herabzudrücken, um dem Unternehmertum die Kapitalbildung auf Kosten der Arbeitskraft zu erleichtern. Das schädigt die Arbeiter an Leistung und Kaufkraft und verweist den heimischen Markt zum Nachteil unserer Wirtschaft.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie muß durch

einen nachdrücklichen Preisabbau

und durch Wiedereinführung gesunder Kalkulationsregeln gefördert werden.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die auf der Arbeiterklasse lastet, ist durch Unterbringung der Erwerbslosen in der Urproduktion zu vermindern und die drückende Not durch eine geregelte Arbeitslosenversicherung zu mildern. Durch Ueberführung von Erwerbslosen in die Land- und Siedlungswirtschaft würden zugleich die Grundlagen unserer Volksernährung erweitert und die Volkskraft gestärkt werden.

Mit aller Schärfe wenden sich die Gewerkschaften gegen den Abbau der Sozialpolitik,

der durch Mangel des Staates an Mitteln beschönigt wird. Dem Reich würde es nicht an Mitteln hierzu fehlen, wenn endlich den Besizenden die selben Steuerlasten auferlegt würden, wie den Lohnarbeitern.

Die Arbeiterklasse kämpft für den

Ausbau des Arbeitsrechtes

als starken Hort der Arbeit, vor allem für die Erhaltung der Rechte der Arbeiter im Betrieb und für ungeschmäleretes Koalitionsrecht der Arbeitnehmer zur Verteilung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung.

Das seit einem Jahrzehnt bestehende Wohnungselend macht die beschleunigte Förderung des Wohnungsbaues zur Notwendigkeit. Die bestehende Wohnungszwangswirtschaft darf nur langsam und nicht ohne entsprechende Erhöhung des Lohneinkommens abgebaut werden. Die Mittel für den Wohnungsbau sind den Erträgen der allmählichen Mietaufwertung zu entnehmen, die nicht dem Grundbesitz überlassen werden dürfen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert seine Mitglieder auf, im kommenden Wahlkampf unablässig für diese

Wahlforderungen der Gewerkschaften

einzutreten und alle Kräfte aufzubieten, damit die Pläne der militärischen und industriellen Macht-politiker zunichte gemacht werden.

Sorgt dafür, daß am Wahltag eine Volksvertretung gewählt wird, die volle Bürgschaft für ein republikanisches, demokratisches und soziales Deutschland bietet, für eine Zukunft, in der auch der Arbeiter wieder seines Lebens froh werden und für seine Pflichterfüllung auf Anerkennung seiner Arbeiterrechte rechnen kann.

Kollegen und Kolleginnen! Verbreitet diese Forderungen in allen Betrieben, in Stadt und Land, besprecht sie in allen Versammlungen, legt sie allen vor, die sich um eure Stimmen bewerben und führt sie zum Sieg!

Um die Lohnerhöhung im Buchdruckgewerbe.

Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe belieben jetzt die primitivste Form der Lohnverhandlungen. Sie ist so einfach, daß ein Kind, das nur immer nein sagt, die Vertretung der Prinzipale übernehmen könnte. Wohlgegründeten Forderungen der Arbeiterschaft sehen sie einfach ein Kopfschütteln entgegen. Das ist so die Art, wie man Bettlern begegnet, „wir geben nichts“, und damit glauben sie der Form genügt zu haben. Wogu sie da noch einen ganzen Apparat von Provinzprinzipalen und juristischen Beiräten aufbieten, ist unverständlich. Irdenwelche Anstrengungen, für ihre Weigerung plausible Gründe anzuführen, machen die Herren nicht. Sie nehmen wahrscheinlich an, das nicht mehr nötig zu haben. Ihnen schwebt das Bild vom Fürsten und Untertan der guten alten Zeit vor, der Souverän bestimmt und befiehlt und das Volk hat zu gehorchen. Nachgiebigkeit würde ihnen — das haben die wirklichen und eingebildeten Herrscher stets befristet — als Schwäche ausgelegt werden. So leben die Unternehmer, vorläufig noch, in einem Reich der Träume und denken auch weiterhin manchen langen Schlaf zu tun.

Am 26. März fanden sich die Vertragsparteien gegenüber, um über den Antrag der Arbeiterschaft des Buchdruckergewerbes, den Spitzenlohn auf 35 Mk. wöchentlich zu erhöhen, zu einem Beschluß zu kommen. Leicht wurde dem Beschließenden die Begründung, da er mit Recht für die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung auch die Anerkennung der Unternehmer voraussetzen mußte. Er verzichtete daher auf eine längere Beweisführung für den Antrag auf Lohnerhöhung und führte nur kurz die Gründe an, die zur Stellung dieses Antrages gezwungen haben. Unsere Mitglieder wissen, was ihnen das Leben schwer macht, welche neue Abgaben und Preise gefordert werden, so daß wir die Anführung der Einzelheiten uns sparen können. Aus der kurzen und doch erschlöpfenden Beweisführung war außerdem die interessante Tatsache zu entnehmen, daß es in manchen anderen Gewerbe mit den Löhnen flucht aufwärts geht, in der Kartonnagenindustrie — um nur ein Beispiel zu erwähnen — sind die Löhne um 15 Proz. aufgebessert worden.

Der Redner sowie alle Vertreter auf Arbeiterseite hatten aber die Unternehmer zu hoch eingeschätzt. Sie sahen gar nichts ein und wählten von keiner Anerkennung. Sie sahen in ihrer Entgegnung das alte Ciapopen von „Rann-nicht“ und „Geh-nicht“ das unserer Vertreter schon wie der Bananenschlager zum Hase herauskommt und Uebelbefinden verursacht. Sie wundern sich auch diesmal wieder, daß eine so hohe Forderung, die weit über den Friedenslohn hinausgeht, gestellt worden war, sie halten angenommen, daß eine bessere Begründung für diese Lohnerhöhung gegeben werden müsse. Da sie die gute Konjunktur im Gewerbe nicht recht abstreiten konnten, verkrochen sie sich hinter den fadenheimgigen Vorwand, die Beschäftigung sei sehr unterschiedlich, besonders im besetzten Gebiet und in Leipzig könne von einer guten Konjunktur nicht die Rede sein. Nachdem sie dann noch beantragt hatten, den jetzigen Lohn bis zum Ablauf des Manteltarifs bestehen zu lassen, waren sie geistig völlig erschöpft und warteten nun darauf, ob ihnen die Arbeitervertreter nicht neuen Spiritus zur Weiterführung der Debatte liefern würden.

Damit hatten die Unternehmer aber kein Glück und durften sich zum zweiten Male wundern, als ihnen trocken gesagt wurde, wenn das ihr Standpunkt ist, dann machen die Arbeitervertreter Schluss. Da sahen die Herren fest und schnappten nach Luft. Sie trauten noch eine Zeit lang in ihrer alten Riste herum, fanden aber nichts Brauchbares mehr unter dem abgetragenen Plunder, den sie bei jeder Verhandlung mitbringen und für ausgeben wollen. Auf ihre alte Behauptung, der Arbeiter müsse 53 Stunden arbeiten, um sich erhalten zu können, der Lohn für 48 Stunden könne nicht ausreichend sein und die gute Konjunktur sei von der Verlängerung der Arbeitszeit abhängig, wurde ihnen nichts mehr erwidert. Gegen Grammophonplatten kann man keine Reden halten. Als sie auf die Folgen ihrer beschämenden Handlungsweise noch einmal ernsthaft aufmerksam gemacht wurden äußerte ihr Vertreter in überhebender Unternehmerart, sie ließen sich absolut nicht beirren.

Der zweite Antrag über die Sonderzulage im besetzten Gebiet hatte das selbe Schicksal. Der Prinzipalvertreter des Kreises 2 nannte die Entscheidung des Schlichters am 4. März einen Beschluß, der bei den Prinzipalen große Entrüstung hervorgerufen habe. Die Unternehmer sind bekanntlich immer sehr ungelassen, wenn sie zahlen müssen, das überlassen sie am liebsten anderen. Am besten Gebiet des Kreises 2 haben die Prinzipale eine besonderes Gehalt, Zahlungen, die ihnen zufließen, auf andere Kreise abzuwälzen. Während der Ruhrbelegung münzten sie den armen Mann, der wüßig zugrunde gehen muß, wenn er erhobene Löhne zahlen soll. Sie erreichten damals auch, daß die

Sonderzulagen für die Personale aus den Töschern der Steuerzahler bezahlt wurden. Sie selbst opfereten dafür keinen Pfennig. Nun müssen und jammern sie über die 20 Proz. und sieben durch einen rechtshändigen Vertreter bei diesen Verhandlungen erklären, daß eine Lohnerhöhung von ihnen wirtschaftlich nicht getragen werden könne. Als besondere Leistung des Kreisverreters der Prinzipale verdient festgehalten zu werden, daß die Sonderzulage eine „Wohltat“ darstelle, wofür die Arbeiter dankbar sein müßten. Die Arbeiter sind leider so verblödet und bezugen keine Dankbarkeit, weil sie sich einbilden, der Unternehmer könnte noch mit viel größeren Wohltaten herausrücken, ohne daß sein Profit sonderlich geschmälert würde. Man begegnet sogar der Auffassung in Arbeiterkreisen, der Unternehmer müsse verunglücken, jedenfalls würde es ihm sehr dreifach gehen, würden die Arbeiter nicht für ihn kämpfen. Eigentlich sei der Unternehmer es, der sich dankbar gegen seine Arbeiter erweisen müsse, weil die ihm das Geld, mit dem er breittüchtig „Wohltaten“ ausstellt, erst erarbeitet. Bei dieser Verhandlung wurde auch der Beweis dafür erbracht, daß die Prinzipale einen Teil des wirklich erarbeiteten Lohnes in ihre Taschen stecken. Die beantragte Verringerung in der Bezahlung der berechnenden Geher, bei denen von jeder über das Minimum verdienten Mark der Unternehmer 40 Pfennig behält, zeigte mit Deutlichkeit, wie es mit unsern gerächten denkenden Prinzipalen und ihren „Wohltaten“ bestellt ist. Sie nehmen, wo und von wem sie kriegen können. Sie waren mit Aufhebung dieser Ungerechtigkeiten natürlich nicht einverstanden, sondern werden in einer Kommission die Angelegenheit in den nächsten Wochen „regeln“.

Die ganze Tagung zeigte von Beginn bis Ende ein von den Unternehmern aufgeführtes erbärmliches Schauspiel. Die Leiter und Rechtskundigen des DDB als Akteure und die „Proving“ als aufmerksame trillige Zuschauer, die das Ensemble schon zur Redensfähigkeit zielehen und nichtig abtanzeln werden, wenn etwas nicht klappt. So mühen und quälen sich mit fürchterlichen Dialogen und Wortverrenkungen diese armen Darsteller ab, um ihrem Publikum aus der Provinz zu gefallen. Und doch werden sie zum Schluß ausgepöfien werden.

Nach der Verhandlung hatten die Arbeitervertreter eine mehrstündige Sitzung, um über die nun erforderlichen tatsächlichen Maßnahmen zu beraten. Ueber Einzelheiten aus dieser Zusammenkunft kann hier nicht berichtet werden. Beschlossen wurde, nachstehenden Aufsatz an die Mitglieder in den Organen zu veröffentlichen, der den Gau- und Ortsverwaltungen bereits zugegangen ist.

An die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe!

Wiederum sind die Lohnverhandlungen der Gewerkschaftslos verlaufen. Der Forderung der Arbeitervertretung auf eine zeitgemäße Erhöhung der Löhne lehnte die Prinzipalität die Erklärung entgegen, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung nicht vorliege. Sie seien im Gegenteil der Auffassung, daß sich das Gewerbe erst noch weiter erholen müsse. Infolgedessen verlangte der Prinzipal, das gegenwärtige Lohnverhältnis bis zum 31. Mai bestehen zu lassen. Die Arbeitervertretung lehnte diesen Standpunkt entschieden ab, weil sowohl die Höhe der Druckpreise wie die jetzige Geschäftslage die beantragte Lohnerhöhung voll rechtfertigt. Da trotzdrückendes Entgegenkommen nicht mehr bekennt wurde, war damit der Abbruch der Verhandlungen gegeben.

Die Organisationsleistungen werden die erforderlichen Schritte unternehmen, um der Arbeiterschaft des Gewerbes zu der dringend notwendigen Verbesserung der Löhne zu verhelfen. Werden weitere Maßnahmen erforderlich, so ergreifen sofort nähere Verfügungen.

Von der Arbeiterschaft wird erwartet, daß sie in gewerkschaftlicher Disziplin und Geschlossenheit hinter den Organisationsleistungen steht.

Die Organisationsvorstände.

Am 2. April fanden dann erneut Verhandlungen statt unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsministerium ernannten Schlichters, Reichswirtschaftsgerichtsrats Dr. Königberger.

Die Ausführungen der Arbeitervertreter wurden bei diesen Verhandlungen als Aitationsreden von den Unternehmern gewertet, unsere Vertreter sollten vor dem Schlichter mit Stimmungen acerbelt haben. Der Höhepunkt der ganzen dialektischen Prinzipalaktus bestand in der Behauptung, daß die Arbeiter 90 Proz. der Friedenslöhne ver-

dienen. Der Redner der Unternehmer vergah nur anzugeben, wie tief der Profit der Prinzipale unter dem Friedensstand steht. Das wäre ihm auch schwer gefallen. Denn bei der jetzigen Konjunktur machen sich die Buch- und Zeitungsdruckereibesitzer mehr als gesund.

Die Einigungsverhandlungen führten zu keinem Ergebnis, so daß der Schlichter folgenden Spruch fällt:

„Mit Rücksicht auf die im Buchdruckgewerbe vorliegenden besonderen Verhältnisse wird für die Zeit vom 29. März bis 31. Mai 1924 der Spitzenlohn auf 30 Goldmark festgesetzt.“

Die Verbilligung der Produktion.

Arbeitszeitverlängerung und Verkürzung erfolgen im Namen der Verbilligung der Produktion. Gegenüber diesem Lösungswort müssen alle anderen Argumente schweigen. Geringst es den Unternehmern, vollends den „Beweis zu erbringen“, daß die Produktion und die auf den einzelnen Arbeiter entfallende Kopiquote zurückgegangen ist, so haben sie den Prozeß gewonnen. Sie haben Zahlen an der Hand, und der Gegenbeweis, daß die Produktion vielleicht überhaupt nicht gelungen ist oder aber der Rückgang aus anderen Gründen als mangelnder Arbeitsintensität erfolgte, ist schwer zu erbringen. Und dennoch steht die Sache ganz anders, als die Unternehmer und ihre Presse der öffentlichen Meinung Tag für Tag einschärfen wollen.

Der volkswirtschaftliche Sinn der Verbilligung.

Die Verbilligung der Produktion muß dem Zweck dienen, die Warenpreise mit dem Einkommen in Einklang zu bringen; sind doch die Waren infolge der mangelnden Kaufkraft der verarmten Väter unverkäuflich. Die Preise der Industrieprodukte müssen noch besonders mit Hinsicht auf die Agrarpreise der großen Agrarländer (Vereinigten Staaten, Rußland, zum Teil auch Deutschland) gesenkt werden, um das Mißverhältnis zwischen Industrie- und Agrarpreisen aufzugeben und die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu steigern. Damit dient die Verbilligung der Produktion der Steigerung des Beschäftigungsganges, der Verminderung der Arbeitslosigkeit. Dann aber ist die Verbilligung der Produktion notwendig, um konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu bleiben. Wenn ein Land, zum Beispiel England, die Schweiz oder Österreich auf die Ausfuhr besonders angewiesen ist, wovon aber, wenn es, wie Deutschland, Reparationen zahlen muß, wie schließlich nur durch vermehrten Export möglich ist, so wird die Konkurrenzfähigkeit seiner Konkurrenzfähigkeit noch mehr nicht tun. Aus all dem ergibt sich die Notwendigkeit der verbilligten Produktion. Die angeführten Momente stehen jedoch bereits die Antwort darauf ein, welche Mittel zur Verbilligung der Produktion am wenigsten geeignet sind. Das Kaufkraftargument spricht gegen die Lohnverbilligung als Mittel zur Produktionserbilligung, da diese für den Kauf berechneten Einkommen sinken. Die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bezieht sich auf den Bereich mit der Produktion anderer Staaten und spricht daher gegen die Arbeitszeitverlängerung. Wurde doch die Verkürzung der Arbeitszeit in allen modernen Industrieländern gleichzeitig und in gleichem Maß vorgenommen, und wenn ein einzelnes Land durch Arbeitszeitverlängerung einen Vorsprung gewinnen möchte, so müssen ihm die anderen Länder auf diesem Weg folgen, um den Vorsprung wettzumachen. Auch ist nicht anzunehmen, daß ein deutscher Schienenexport für die Zahlung der Reparationsschulden geduldet werden wird. Wir sehen doch, daß selbst heute, wo von einem Schienenexport Deutschlands nicht eredet werden kann, ja im Gegenteil die deutschen Exportpreise vielfach über den Weltmarktpreis liegen, die während der Inflationszeit in vielen Ländern gegen Deutsch und errichteten Dumpingzölle noch weiter bestehen. Was endlich den Beschäftigungsgrad beziehungsweise die Arbeitslosigkeit anbelangt, so ist diesbezüglich in erster Linie die Stabilisierung der Preise, das heißt deren Beständigkeit anzustreben, was die kommenden Krisen am meisten verhüten kann. Und diese Bestrebung muß der fortwährenden Verbilligung Schranken setzen.

Der Rückgang der Produktion.

Die Produktionsverbilligung bedeutet, daß die auf die Einheit einer Ware entfallenden Produktionskosten geringer werden. Dies ist unter Umständen auch ohne Steigerung der Produktion zu erreichen und in der Tat erfolgte während der Weltwirtschaftskrise die Verbilligung der Produktion durch Verkürzungen und andere Methoden mit gleich-

zeitiger Einschränkung der Produktion. Die Krise wurde durch eine „Hungertüte“ lanciert, die maßloses Ende auf dem einen Seite, große Profite (denn die Profite waren bei dieser „Verbilligung“ zumeist gleich hoch geblieben) auf der anderen zur Folge hatte. Demgegenüber steht die andere Methode der Produktionsverbilligung durch Mehrproduktion und der dadurch bewirkten Senkung der auf die Einheit der Ware entfallenden Produktionskosten ohne Zweifel höher. Deshalb klingt auch das Argument, daß die Produktion in einem Industriezweig zurückgegangen oder aber die Leistung der Arbeiter gesunken sei, besonders ernst. Die Unternehmer machen von dieser Feststellung einen ausgiebigen Gebrauch, um dadurch für eine Arbeitszeitverlängerung Propaganda zu machen. Oft werden die beiden Tatsachen: Rückgang der Gesamtproduktion und Rückgang der Kopiquote absichtlich (zur Irreführung) vermischt. So zeigt in bezug auf die österreichische Alpine Montanindustrie ein schöner Aufsatz von Johann Schorff in der Zeitschrift „Arbeiter und Wirtschaft“, daß dort zwar die Kopiquote der Arbeitsleistung aus leicht erklärlichen Gründen zurückging, trotzdem aber, infolge der Einführung des Dreifachstündensystems und aus anderen Gründen, die Gesamtleistung der Betriebe wesentlich gesteigen ist. Die Unternehmerrpropaganda verfaßt es absichtlich, diese Tatsachen aufzuzeigen und auseinanderzusetzen. Es liegt aber auf der Hand, daß bei einer anfälligen Arbeitszeit auf den einzelnen Arbeiter weniger Arbeitsprodukt entfällt als bei einer zwölfteinstündigen und trotzdem in drei Schichten schaffende und dementsprechend an Zahl vermehrte Arbeiterzahl mehr erzeugen und den Lohnüberfluß herausarbeiten kann.

Wie die Unternehmer den Produktionsrückgang feststellen.

Weisen wir aber beim tatsächlichen Produktionsrückgang. Die Unternehmer legen ihn in der Regel der Arbeiterschaft zur Last, indem sie die Senkung der Kopiquote aber auf einen Arbeiter entfallenden Leistung feststellen. Diese Feststellung erfolgt sehr einfach: die während einer Periode — zumeist während eines Jahres — erzeugte Produktmenge wird durch die Zahl der beschäftigten Arbeiter dividiert und das Resultat wird als Kopiquote genommen.

Das Internationale Arbeitsamt hat dieser Lage den zweiten und dritten Band seiner Erhebungen über die Produktion veröffentlicht. Der zweite Teil dieser gewaltigen Arbeit beschäftigt sich mit der Leistung der Arbeiter in den betreffenden Industriezweigen und Ländern. In der Einleitung dieses Teiles (Enquête sur la production, Band II, Seite 92 bis 1016) wird diesem Verfahren der Unternehmerrpropaganda vernichtende Kritik zuteil. Das Internationale Arbeitsamt erkennt die schlagenden Argumente von Paul Hertz und Richard Seidel in ihrem Buch: Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung sowie der Wirkungskurve der „Frankfurter Zeitsung“ gegen diese Art der Berechnung der Arbeitsleistung in vollem Umfang an. Die einnehmenden Ausführungen des Direktors des amerikanischen statistischen Amtes für Arbeitsfragen, Ethelbert Howard, werden vom Internationalen Arbeitsamt ebenfalls herangezogen, um die vollständige Unhaltbarkeit dieser Art von Berechnungen, die von den Unternehmern zur Festlegung des Arbeitsvertrages verwendet werden, darzustellen. In diesen Berechnungen kommen nämlich nicht die wirklich in Leistungen des Arbeiters zum Ausdruck, die nur von seiner Arbeitsintensität abhängen. Es wird angenommen, daß er während der ganzen Periode ununterbrochen gearbeitet hat, obgleich doch festgestellt, daß die Beschäftigung in der Regel nicht dauernd ist und aus Gründen, die vom Arbeitsamt unabhängig sind, oft unterbrochen wird. Solcher Gründe gibt es eine Menge: Abfall- und Transportverhältnisse usw. Oft werden außerordentliche Arbeiten (Reparaturen, Neuanlagen) vorgenommen oder unangenehme Schichte in Betrieb genommen. Oft wird die Anzahl der nicht direkt produktiv beschäftigten Arbeiter und Angestellten unverhältnismäßig vermehrt, Frauenarbeit im großen Maßstab eingeführt. Die Kopiquote wird aber von den Unternehmern immer so ausgerechnet, daß dabei die Gesamtzahl der im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten berücksichtigt, die Menge der Produkte durch die Gesamtzahl der Beschäftigten dividiert wird. Wir können hier den übrigen Fehlerquellen dieser Berechnung nicht nachgehen, sondern müssen auf die Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamtes verweisen.

Produktion und Arbeitszeit.

Die findende Kopiquote der Produktion wird deshalb betrachtet, um daraus die Forderung nach einer Verbilligung der Arbeitszeit abzuleiten. Kann man aber zeigen,

Der Strom.

Ich kann oft stundenlang am Sitrome stehen, wenn ich entflohen aus der Menschen Bann; er plaudert hier wie ein erfahrener Mann, der in der Welt sich tüchtig umgesehen.

Da schließt er mir seiner Jugend Wehen, wie er den Weg durch Klippen oft gewann, er meint drauf im Sande schier verrann, und jedes Wort führt ich zum Herzen gehen.

Wie wagt er doch so sicher seine Bahn! Bei allem Plänkeln, Hin- und Wiederstreifen vergibt er nie: „Ach muß zum Ozean!“

Du, Seele, nur willst in der Irre schwelven? O tritt ein Kind, doch zur Natur heran und lern die Weisheit aus den Wellern greifen!

Georg Herwegh.

Der Adlerhorst.

Von Björnson.

Endreardene war ein kleines Dörfchen, das ganz abseits für sich inmitten heher Felswände lag. Der Laßgrund war eben und fruchtbar und wurde von einem breiten flusse durchschnitten, der von den Bergen herabkam. Dieser Fluß ergoß sich in einen großen Seeher, der in der Nähe des Dorfes lag und eine weite Aussicht gewährte.

Den Endreardener hinauf war in seinem Boote der Mann gekommen, der zuerst im Tale die Art an den Le-

wald gelegt hatte; sein Name war Endre gewesen, und seine Abstammung waren es, die jetzt hier wohnten. Es gab Leute, die da behaupteten, er sei wegen einer Blutschuld hierher geschickt, darum sei sein Geschlecht so finst; andere meinten, das liege an den Felsen, die selbst am Johannisstag sehen um fünf Uhr nachmittags der Sonne den Zutritt verwehren.

Sich über dem Dorf hing ein Adlerhorst, den trug eine Berkluppe oben auf dem Felsen. Alle konnten sehen, wenn das Adlerwölkchen sich zeigte, doch keiner vermochte hinaufzuklettern. Das Männchen kreiste über dem Dorfe, schon von Zeit zu Zeit auf ein Felslein herab und raubte einmal sogar ein kleines Kind, das er in die Wüste emportrug. Es herrschte ein Gefühl der Unsicherheit im Dorfe, solange der Adler dort oben auf dem Felsberga sein Nest hatte. Im Volksmund lebte die Sage, es hätten einmal vor Zeiten zwei Brüder die Felswand erklimmen und das Räubernezt zerstört; heute war keiner mehr da, der das fertig gebracht hätte.

Wo zwei Leute in Endreardene einander begegneten, sprachen sie von dem Adlerhorst und sahen hinauf. Sehermann wußte, wann die Adler in diesem Jahre wieder angekommen, wo sie herabgeschossen waren und ein Opfer erwischt hatten, und wer zuletzt den Versuch gemacht hatte, zum Herste hinaufzukommen. Die Jugend übte sich von klein auf an Klettern und Bäumen, in Ring- und Faustkämpfen, ein einmal den Horst zu erklimmen und zu zerstören gleich ihnen zwei Brüder.

Zu der Zeit, von der hier erzählt wird, galt ein gewisser Leif, der nicht zum Geschlecht der Adler aus der staltlichste Bürsche in Endreardene. Er hatte krauses Haar und kleine Narben, war in allen Spielen geschickt und bei den Mädchen beliebt. Er sprach schon als Knabe, daß er einmal zum Adlerhorst emporklettern würde; aber die alten Leute meinten, er solle das nicht so laut sagen.

Das reizte ihn nur, und ehe er noch recht in die reiferen Jahre gekommen war, ging er an die Ausführung seines Vorhabens. Es war an einem klaren Sonntagvormittag im Beginn des Sommers; die Jungen mußten gerade ausgebrütet sein. Die Dorfkette hatten sich in großer Zahl am Fuße des Berges versammelt und sahen ihm zu; die Alten riefen ihm ab, die Jungen ferierten ihn an. Er überfolgte nur seinem eigenen Drange, wartete, bis das Weibchen das Nest verlassen hatte, machte dann einen Sprung und hing in einem Baume mehrere Ellen hoch über dem Erdboden. Der Baum wuchs aus einer kleinen Felsenwand hervor, in dieser began er emporzuklettern. Kleines Gestein löste sich unter seinen Füßen, Schutt und Erde bröckelten nieder, sonst war alles still; nur der Wasserstrom ließ von fern sein rauschendes Brausen vernehmen. Bald wurde die Bergwand steiler, und Leif hing lange an der einen Hand und suchte, ohne hinsehen zu können, nach einem Fuß; viele der Zuschauer, namentlich die Frauen, wandten sich ab und sagten, er hätte das nicht getan, wenn seine Eltern noch am Leben gewesen wären. Schließlich fand er den gesuchten Halt und kostete dann wieder nach mit der Hand, bald mit dem Fuße; es gab unter ihm noch und er glitt zurück, doch er hing gleich wieder fest. Die Leute da unten konnten einander atmen hören.

Da erhob sich eine hochgewachsene junge Maid, die abseits auf einem Stein gesessen hatte; es hieß von ihr, sie habe sich Leif schon von Kindheit an versprochen, obgleich er nicht vom Geschlecht war. Sie streckte die Arme empor und rief:

„Leif, Leif, warum tust du das?“
„Nimm, wandte sich nach ihm um; ihr Vater stand dicht daneben und blickte sie streng an, aber sie sah ihn nicht.“
„Komm herunter, Leif!“ rief sie; „ich — ich liebe dich, da oben hast du nichts zu suchen!“
Man sah ihn einen oder zwei Augenblicke überlegen,

daß entweder die Kopfgabe in Wirklichkeit nicht gesunken ist oder aber, daß die Gründe des Sinkens in anderen Faktoren der Produktion als der Arbeitsintensität liegen, so wärft das Argument der Kopfgabe seine Beweiskraft. Soviel ist jedenfalls gewiß, daß die Rolle dieser anderen Produktionsfaktoren wichtiger ist als die Verteilung der Arbeitszeit, die ja durch arbeits- und betriebstechnische Verbesserungen leicht weltgemacht werden kann. In dieser Richtung werden auch immerfort wertvolle Versuche gemacht. Diese Anlässe müssen entwickelt werden.

Die Verbilligung der Produktion.

Außer der Arbeitszeiterhöhung pflegen als andere Möglichkeiten zur Verbilligung der Produktion Lohnkürzung oder Einschränkung der Profite in Frage zu kommen. Daß durch Lohnkürzungen der innere Absatz eingeschränkt und deshalb die Produktion verteuert, die Volksgesundheit gefährdet wird und soziale Ausbrüche, den Verkauf der Produktion hindern, diese Tatsachen werden nur von einer bornierten sozialen Reaktion nicht berücksichtigt. Die Einkürzung der Profite ist auf der anderen Seite innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nur schwer durchführbar; um so schwieriger, als sie in mannigfaltiger Form verschleiert (zum Beispiel Kapitalerwerbszinsen, Spanditeingewinne usw.) werden können; auch besteht ohne Zweifel die Notwendigkeit einer Kapitalreformulierung, die heute aus den Profiten herausgezogen wird. Es gibt auch Industriezweige, wo zeitweise kein namhafter Profit erzielt werden kann. Um so mehr müssen die anderen Faktoren einer Produktionsverbilligung herangezogen und betont werden. In Amerika und England beschäftigen sich große Organisationen mit der Frage der industriellen Verbilligung, deren Ergebnisse und Versuche sehr beachtenswert sind; insoweit wir dieselben kennen, befähigen sie vollst. auf ihre Auswertung. Außer den betriebstechnischen Fragen zur besseren Verwertung der Arbeitskraft, der Maschinen und der Kraftquellen — welche Fragen zum Gegenstand der Betriebswirtschaft geworden sind — können noch Fragen verschiedener Ordnung zur Verbilligung der Produktion beitragen. Als politische sollen hier die Lösung der Reparationsfrage, die Einführung des Freihandels, die internationale Regelung der Rohstoffbeschaffung, erwähnt werden. Die Umgestaltung und Verbesserung der Kreditversorgung, der Beilegung der Wuchertreibe allein kann die Produktion mehr verbilligen als eine Lohnkürzung. Die Organisierung der kapitalistischen Betriebe in Trusts überschreitet oft, wie das auch in Deutschland der Fall ist — den der Verbilligung der Produktion dienenden Grad. Eine liberale Organisierung verteuert — auch abgesehen von der monopolistischen Preispolitik — die Produktion. Die Fragen des Gemeinwells, des Zwischenhandels, die Vernachlässigung der Genossenschaften, die übermäßigen Direktorengehälter und Tanktamen, welche alle bei der Wertuerung mitspielen, sollen hier nur gestreift werden. Wir sehen also, daß zur Verbilligung der Produktion des Zusammenwirkens mannigfaltiger Faktoren notwendig ist. So sehr wir uns auch für diese einsehen mögen, so müssen wir doch dagegen kämpfen, daß hierfür die ungenügendsten und sozial ungerechtesten Mittel verwendet werden.

Die Leipziger Opposition.

Die Leipziger „Opposition“ unseres Verbandes hatte eine ganze Zeit nach dem Ausschließen von Klops erlucht, sachlich zu allen Angelegenheiten der Zahlstelle Stellung zu nehmen. Seit aber die Wahlen zur Ortsverwaltung vor der Tür standen, änderte sie wahrscheinlich auf Befehl ihre Politik. Alle Maßnahmen des Gewerkschafts hatten die Zustimmung der Funktionäre einschließlich der Oppositionellen gefunden. Wollte nun die kommunistische Fraktion dem Gewerkschaftsbesitz — Beteiligung aller Nichtkommunisten — nachkommen, mußte sie zu anderen Mitteln greifen. Und die kommunistische Fraktion stieg in die Höhe, benutzte die „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und verunglimpfte den Verband. Mangels stichhaltiger Argumente wurde gelogen, was das Zeug hielt. Zum Beispiel erschien im „Wertigkeiten“ ein: Notiz, daß der Gauleiter Bener den Arbeitern der Firma Spamer empfohlen habe, ruhig 9 Stunden zu arbeiten. Tatsache ist, daß Bener in der fraglichen Zeit in Berlin war und sein Vertreter die Angelegenheit erst durch die Zeitung erfuhr. Am 17. März 1924 erließen in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ eine Notiz, die nur denen verständlich ist, die öfter mit Vorpost, Sindner, Braunlich und Kompanie zusammenkommen. Ihr ist folgendes zu entnehmen:

„Er klettert er weiter. Er war fest und kräftig an Hand und Fuß, und so ging es eine ganze Weile gut; dann aber begann er zu ermüden und hielt öfters inne. Ein Scheinchen kam herabgerollt, gleichsam als Vorbote, und alle, die da standen, schauten ihm unwillkürlich mit den Augen, bis es unten war. Etwas hellen den Blick nicht aus und gingen. Nur das junge Mädchen stand noch hoch aufgerichtet auf dem Stein und sah händeringend zu dem Flecken empor.“

„Sei freudlich eben wieder die Hand vor, um zuzufassen — da sah sie deutlich, wie die Hand losließ; er griff rasch mit der anderen zu, doch auch sie allit ab.“

„Woh!“ rief sie, daß es schritt in den Bergen widerhallte, und die anderen stimmten mit ein in den Schreierwiderhall.“

„Er gleitet aus!“ riefen sie und streckten alle, Männer wie Frauen, die Hände nach ihm aus.“

Er glitt wirklich aus und riß Sand, Steine und Erde mit sich in die Tiefe; er glitt und glitt immer tiefer, immer rascher; die Leute wandten sich ab, es klang wie ein Rascheln und Schorren in ihrem Rücken, dann hörten sie einen schweren Fall, wie wenn ein großer Klumpen feuchter Erde herabstürzt wäre.“

Als sie wieder hinzusehen wollten, sahen sie ihn zerschmettert und unkenntlich daliegen. Die Maid lag auf dem Stein, und ihr Vater trug sie fort.“

nehmen: Alle, die hinter dem Artikelschreiber stehen, sind nicht in der Lage, dem Gang der Verlesung zu folgen. Weiter wird den Prinzipalen mitgeteilt, daß die Mitglieder dem Verbandsabtritt zurückzuführen werden sind. Zuletzt wird das Vorstandsmittglied Grüntaler wegen seiner Stellung zur Kommunistischen Partei Deutschlands in der widerlichen Weise durch den Schlamme gezogen.

Am 22. März 1924 widmete die „Sächsische Arbeiterzeitung“ dem Arbeitererrat ein 60seitiges Sprachgut. Zuerst erdreselt sich der Schreiber, die Demokratie des Verbandes in Frage zu ziehen. Was verstehen die Kommunisten von Demokratie. Wird ihnen doch jetzt sogar die Zeit vorgeschrieben, wann sie das Klotz aufhaken dürfen. Zweitens wurde der „Fall“ Vorpost aufgeführt, um Stimmung zu machen, obwohl seine eigenen Parteigenossen ihm seinerzeit gefaßt haben, er begehre eine Ochsentat. Noch eine ganze Reihe Verdächtigungen und Beschimpfungen leitete seine Schmierlinie sich, um der kommunistischen Politik unliebsame Personen unendlich zu machen. Das Schimpfregister dieser „sachlichen“ Opposition in den drei Artikeln lautet: Provokateur, alter Fuchs, Schandweib, total betrunkenen Vorstand, Schieber, Demagoogen, Trabant, Postenräuber, Subjekte, Verräter. Zu diesen traurigen Machwerken mußten noch Aufsehenstunde zugezogen werden, da der eigene „Geist“ nicht einmal zu diesem Schmierere gereicht hat. Das Urteil der Generalversammlung war für die Quertreiber hart aber gerecht. Das ging nicht allein aus der über die Schmutzartikel angemessenen Entschuldigungsform, sondern auch aus der Abstimmung bei Wahl des neuen Vorstandes hervor. Für die „Opposition“ wurden ganze 17 Stimmen abgegeben. Es wäre interessant zu erfahren, was der kommunistischen Fraktion jede einzelne Stimme gekostet hat, sind doch diese Handzettel und große Mengen der die Artikel enthaltenden Zeitungen an die Mitglieder gratis verteilt worden. Trotz aller Mierarbeit wird der graphische Hilfsarbeiterverband wachsen und zu handeln verstehen. Darauf können sich die bezahlten Heiden von Moskau verlassen.

„Gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukratie!“

Einer uns zur Verfügung gestellten Zuschrift entnehmen wir:

Diese Kommunisten entfalten jetzt eine ungeheure Propaganda gegen die Gewerkschaften. Zahllos sind die Rundschreiben, Flugblätter, Mitteilungsblätter usw., welche diesem Zweck dienen. Die dafür nötigen ungeheuren Mittel können nur aus Kaufsänden stammen, denn es ist unmöglich, daß sie von deutschen Arbeitern aufgebracht sind.

Neben diesen Agitationschriften ist auch die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, täglich mit Artikeln über die Zerstörung der Gewerkschaften gefüllt. Auch aus diesen Artikeln geht hervor, daß die Kommunisten sachlich vollkommen außerhande sind, eine Besserung der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen. Dafür ist folgender Absatz aus einem Artikel „Zur Gewerkschaftsarbeit in der Nummer vom 12. März 1924 ganz charakteristisch: „Es muß etwas geschehen! Das ist die Stimmung breiter Mittelebenen in der Partei und auch die Stimmung in weitesten Kreisen der politisch nicht organisierten Arbeiterschaft, wenn es sich um die Gewerkschaftsfrage handelt.“

Wichtig auch hier wieder: Stimmung ist alles, Verstand ist nichts! Das Kampfbüchlein dieser ganzen Einstellung muß den Arbeitern endlich klar werden. Wenn man das Vorstehende genau beachtet, hat man auch den Schlüssel zu dem weiteren Inhalt des vorgenannten Artikels. Die Berliner Bezirksleitung und der Berliner Brandenburger Zentralvorstand der SPD. haben zur Gewerkschaftsfrage Stellung genommen. Es wurde eine Entscheidung angenommen: „Die veränderte Lage in den deutschen Gewerkschaften zwingt die SPD. zur Änderung ihrer bisherigen Gewerkschaftspolitik.“ Darum muß für Ende Mai ein Kongress der revolutionären Delegierten der gewerkschaftlich organisierten und auch der gewerkschaftlich nichtorganisierten klassenbewußten Arbeiter der Betriebe einberufen werden, um den Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukraten zu antworten, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Die Betriebsräte sollen revolutionäre Organe sein und das Gerippe für die zu bildenden Industrieverbände liefern. . . . Organisierung aller klassenbewußten nichtorganisierten Arbeiter, . . . um gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukratie den gebührenden Schlag zu führen.“ Diese Redens-

Rebedulien.

In der „Germania“ wurde unlängst eine Sammlung von Rebedulien veröffentlicht, die wir auch unsern Lesern nicht vorenthalten wollen.

In bezug auf das Mieterschutzgesetz meint ein Volksvertreter: „Dieser Gesetzentwurf ist ein toterborenes Kind, das sich im Sande verlaufen hat.“ — Am 23. Ausschuß wendet sich Abgeordneter I. gegen das Sprergesetz mit den Worten: „Das Sprergesetz wird dazu führen, daß das Finanzministerium zu einem gewaltigen Rabauer von lächerlichen Dimensionen wird.“ — Gelegentlich der Beratung des Reichsfinanzgesetzes erklärt der kommunistische Abgeordnete H.: „Es wirkt geradezu wie ein Brechreiz, wenn man sieht, wie die bürgerlichen Parteien mit demselben Atemzuge, mit dem sie zur Einheitsfront aufrufen, gleichzeitig den Dolch schärfen.“ — Ein Deutschnationaler kennzeichnet das Betriebsrätegesetz folgendermaßen: „Dieses Betriebsrätegesetz ist der langsam fließende Quell, der allmählich das ganze deutsche Wirtschaftsleben zu erdrücken droht.“ — Ein Abgeordneter der Linken erklärt: „Ich kann der Reichsregierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nach mancher Hinsichtung verlagert hat.“ — Ein Unabhangiger erklärt: „Die Kennzeichnung will ich den Anaristern machen, daß das Schicksal Deutschlands beziehungsweise der deutschen Jugend in der Hand der Wirtschaftler liegt.“ — Ein Demokrat gibt seiner Zustimmung Ausdruck mit den Worten: „Darüber kann doch gar kein Zweifel sein, daß wir bei dieser Vorlage der Regierung rückwärts zustimmen müssen.“ — Ein Vertreter der Rechten wendet sich gegen die Ausführungen eines Kommunisten mit der Erklärung: „Das Kapital und die Großindustrie werden ihre Knochen nicht dazu hergeben, daß die Kommunisten Honig daraus saugen können!“ — Ein Demokrat meint: „Dieses Ermächtigungsgesetz ist der Riesenbandwurm,

arten aus der Entschließung enthalten nur einen Gedanken: Zertrümmerung der deutschen Gewerkschaften, der Grundlage der Macht der deutschen Arbeitnehmer.“

Das Direktorium der SPD. (man acht auch hier auf den Stimmungsgründen absichtlich gewählten Namen „Direktorium“, wo der Saal der Erfurter erzeugen soll) hat am 27. Februar 1924 Richtlinien zur Betriebsratswahl an alle Bezirksleitungen der SPD. herausgegeben, in welchen sich folgende Ausschnitte befinden:

d) Diese Wahlen müssen dazu ausgenutzt werden, wieder die Rolle der Betriebsräte und der Räte überhaupt in den Arbeitermassen lebendig zu machen. Die Räte und auch die Betriebsräte sind die spezifischen Klassenorgane des Proletariats, sie sollen die Organe der Organisation des Aufstandes werden und die Staatsorgane des kommunistischen Proletariats. Diese ihre Rolle muß propagandistisch völlig klar und rücksichtslos auseinandergesetzt werden.

e) Der Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer und die SPD. muß bei diesen Betriebsratswahlen geführt werden, daß die Betriebsräte klar als Sturmboje gegen die Gewerkschaftsbureaukratie benannt und gewählt werden.

f) Um die Betriebsräte herum ist nach Möglichkeit auch organisatorisch ein fester Kreis von Sympathisierenden zu legen. Das wird am besten möglich werden, wenn man die Betriebsversammlungen dazu ausnützt, Fraktionen von Sympathisierenden sachlich zu gründen.

g) Selbstverständlich müssen unser Betriebszellen vorher, d. h. vor der Betriebsversammlung, die Frage der Kandidatenaufstellung genau durchdiskutieren, aber man muß die Zellen von vornherein daran gewöhnen, auch diese Fragen nicht selbständig, sondern in Verbindung mit der Bezirksleitung zu lösen. Jede Betriebsleitung muß die Kandidatur genau durchprüfen, damit nicht die sogenannten „guten Gewerkschaftler“ aufgestellt werden, die uns oft schwer kompromittieren können gute Kommunisten, auch wenn sie ungeschickte Gewerkschaftler sind. Die Betriebsräte sollen revolutionäre Organe sein und das ist für uns zehnfach wichtiger als gewerkschaftliche Geschicklichkeit.

Auch hier wieder nicht ein einziger sachlicher Gedanke, sondern nur Redensart, um eine gewisse Stimmung zu erzeugen. Ja, noch mehr, jeder Gedanke würde stören, deshalb müssen die denkwürdigen Gewerkschaftler (das Rundschreiben nennt sie „gute Gewerkschaftler“) ausgeschlossen, dafür aber „gute Kommunisten“ (also nicht „denkende Menschen“) gewählt werden.

Sind wir nun in einem Narrenhaus oder sind wir es nicht? Wir sind es nur im Effekt, dagegen haben die Leiter der kommunistischen Bewegung ihren vollen Verstand, nur daß sie denselben in einer durch nichts mehr zu übertreffenden Demagogie gebräuen.

Das kommunistische Dr. starkt Remscheid (welches sich noch immer „freigewerkschaftlich“ nennt) verendet ebenfalls ein Rundschreiben, mit welchem eine neue Betriebsratszeitung, „Der Arbeiter“ angekündigt wird. In diesem Rundschreiben wird eine eingehende Darstellung gegeben, wie für den Betrieb dieser Zeitschrift wiederum ein ganzer Organisationsapparat aufzubauen werden soll. Auch hierin liegt eine Absicht. Man tanzt und will die Anhänger nicht gefällig beschuldigen und deshalb schafft man ein Organisationsgewehr, das immer mit neuen Reizen, Schlagworten und Begriffen ausgestattet wird, damit nur ja die Anhänger der SPD. nicht endlich zur nächsten Betrachtung der Wirklichkeit kommen.

Keine Religion könnte sich mit mehr geheimnisvollen Neugierlichkeiten umgeben, als es die Kommunisten verstehen. Es kommt immer nur auf den Glauben an, niemals auf die Erkenntnis.

In dem letztgenannten Rundschreiben werden die freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen aufgeföhrt, diese neue Betriebsratszeitung der Kommunisten zu vertreiben. Dps werden die freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen nicht tun, anderenfalls sie sofort aufgelöst werden müßten.

Die Kommunisten arbeiten für frische Auftragsgeber und sie erzeugen Stimmung, da sie an den Verhältnissen selbst nichts ändern können.

Die Gewerkschaften dagegen arbeiten für die Interessen ihrer Mitglieder und sie wenden sich an deren Verstand.

Mitglieder sind wir heute alle. Das ist aber noch lange keine Weltanschauung. Jede Stimmung, die den Bestand trübt, ist zu unterdrücken und der Verstand allein muß wieder zu seinem Recht kommen. Geschieht dies aber nicht, dann werden es die Arbeitnehmer selbst sein müssen, welche die kommunistische Drachensaat zu ernten haben.

den der Reichstag mit großem Widerwillen geschluckt hat!“ — Ein Kommunist ruft entrüstet: „Der Geist Heffersichs ist der nackte Pferdesch, welcher am Markte des deutschen Volkes nagt!“ — Eine deutschnationale Größe spricht pa. heißig: „Es geht mit diesem Gesetz wie mit einem Unbefehlsatz, dem man das Lebenslicht stückweise ausgeblasen hat!“

Am 14. Ausschuß hat ein Zentrumsmann: „Die Bevölkerungspolitik vollzieht sich in einfachen Bahnen, ich werde Ihnen gleich zeigen, wie!“ — Ein Sozialdemokrat erklärt einem bauerlichen Abgeordneten gegenüber: „Sie sind der zweite Doktor Fein, welcher sich wie ein roter Faden durch unsere ganze Ernährungspolitik zieht!“ — Der Sozialdemokratische Abgeordnete H. ruft der Zentrumsvorleiterin Frau L. zu: „Frau Kollegin, ich lasse mich von Ihnen nicht vergewaltigen!“ — Ein Zentrumsgewerksarbeiter erhebt im Haushaltsauschluß warnend seine Stimme: „Ich möchte das Auswärtige Amt bitten, bei der Beschneidung der mittleren Beamten mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen!“

Zum Schluß wollen wir noch eine Probe unfreiwilligen Humors eines Redners geben, der auf einer Landvertagung unter stürmischer Heiterkeit folgendes Sak gelassen aussprach: „Ich kann daher immer nur empfehlen: Benutzung der eigenen Hilfsmittel und Schaffung neuer eigener Hilfsmittel, aber größte Skepsis gegenüber allen außerhalb unseres Berufes stehenden Leuten, die uns helfen wollen, sonst erwachen wir eines Tages und sind tot.“ — Das ist allerdings der Gipfel; höher geht's nimmer!

Nur wer ein großes Ziel im Auge hat, kann die kleinen entbehren; nur derjenige, den ein Gedanke stark macht, kann leiben; nur wer wartet, kann viel ertragen.

Björnson.

Aus dem Steindruckgewerbe.

Berlin. Auf Grund des § 12 der Arbeitszeitverordnung glauben die Steindruckunternehmer, für sich das Recht in Anspruch nehmen zu müssen, die im Tarifvertrag vorgesehene achtstündige Arbeitszeit aus der Welt zu schaffen. Mitte Januar wurde den Hilfsarbeitern wie den Gehilfen die bisher bestående Arbeitszeit angekündigt. Die mit den Gehilfen am 8. Februar gepflogenen Verhandlungen verliefen resultatlos. Das Reichsarbeitsministerium erklärte daraufhin den Schiedspruch für verbindlich. — Auch die mit unserer Ortsverwaltung geführten Verhandlungen konnten bei der Einstellung der Unternehmer folgerichtig kein Ergebnis haben. Das Ansuchen der Unternehmer mußte von unseren Verhandlern abgelehnt werden. Auch über die Bezahlung der jugendlichen Arbeitskräfte kam es zu keiner Verständigung. Ueber die Arbeitszeit fällt der Schlichter von Groß-Berlin am 10. März einen Schiedspruch, der die Arbeitszeit der Gehilfen aus für die Hilfsarbeiter festlegte, aber von unseren Vertretern abgelehnt wurde. Die Unternehmer hätten die Verbindlichkeitsklärung beantragt, die unter dem 25. März 1924 vom Reichsarbeitsminister ausgesprochen wurde. In der Begründung der Entscheidung heißt es: „Die im Schiedspruch vorgesehene Regelung der Arbeitszeit der Hilfsarbeiter entspricht der Arbeitszeit der Steinbruder, wie sie durch den für verbindlich erklärten Schiedspruch vom 8. Februar d. J. festgelegt ist. Die Zusammenarbeit beider Arbeitnehmergruppen macht eine gleichmäßige Regelung ihrer Arbeitszeit im Interesse der Wirtschaftlichkeit der Betriebe notwendig. Ebenso wie für die Gehilfen gilt auch für die Hilfsarbeiter die Erklärung der Arbeitgeber, daß sie von ihrer Befugnis, die Arbeitszeit über 48 Stunden wöchentlich zu verlängern, nur bei wirklichem Bedürfnis, nicht aber in kurzzeit kurz arbeitenden Betrieben Gebrauch machen werden. Die im Schiedspruch vorgesehene Lohnregelung entspricht der Billigkeit. Da nach dem Verkauf der am 15. März im Reichsarbeitsministerium stattgehabten Aussprache über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs mit einer Verständigung der Parteien aus erneuter Verhandlung nicht zu rechnen ist, mußte die Verbindlichkeitsklärung im Interesse der Allgemeinheit aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen ausgesprochen werden.“ — Durch den Schiedspruch sind die Löhne der jugendlichen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen um circa 1 Mt. pro Woche erhöht worden. — Dieser Schiedspruch gilt auch für die photographische Kunstindustrie und für Luxuspapierfabriken.

Aus den Zahlstellen.

Berlin. Mitgliederversammlung am 1. April. Kollege Gloth gab einen eingehenden Bericht von den ergebnislos verlaufenen Lohnverhandlungen. Trotz der ungenügenden und völlig ungenügenden Löhne ist es in vielen Fällen, besonders bei den Anlegerinnen, gelungen, die Minimallohne nicht unwesentlich zu erhöhen. Bei dem großen Bedarf von Anlegerinnen ist es den Kolleginnen möglich, sogar höhere Anfangslöhne zu erzielen. Diese Lohnpolitik paßt den Unternehmern natürlich nicht und sie versuchen, auf die Verwaltung des Arbeitsnachweises dahingehend einzuwirken, daß solchen Arbeitlosen, die nicht zum Mindestlohn Arbeit annehmen wollen, der Arbeitsnachweis gesperrt wird. Die klugen Unternehmer veressen nur dabei, daß das Lohnabkommen bereits am 28. März abgelaufen ist. Die Berliner Buchdruckerbesitzer ergreifen jetzt absonderliche Maßnahmen und wollen nicht mehr als den vereinbarten Mindestlohn zahlen; sie versuchen, unter Umgehung des Arbeitsnachweises, Einstellungen vorzunehmen. Außerdem wollen sie Neueinstellungen dadurch umgehen, daß sie durch Ueberlassen ihrer Arbeiten fertigstellen lassen. Die Mitglieder müssen in derartigen Fällen unbedingt auf Befehl aller freischwebenden Plätze im Betrieb durch Arbeitskräfte besetzen und ihr Verhalten bei Anforderungen von Ueberlassenen entsprechend einrichten. — Im Steinbrud ist es zur Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs gekommen (siehe besondere Notiz in dieser Nummer). Die Aussprache über die Ausführungen des Vorliegenden wurden in der Hauptfrage von den Kolleginnen bestritten, die teilweise sehr erregt zu der Entlohnung der Anlegerinnen und zur Arbeitsvermittlung das Wort nahmen. Die jegliche Entlohnung gebe nicht die Möglichkeit zu einer ausreichenden Lebensführung; auf keinen Fall würden sie zu dem jetzt gültigen Mindestlohn arbeiten. Eine ausreichende Erhöhung müsse mit allen Mitteln erstrebt werden. Unter dem Beifall der Versammlung wies Wolter auf die jetzt einzuliegende gewerkschaftliche Taktik hin, deren Anwendung auf der Zeit ist. Seine Ausführungen wurden vom Kollegen G. Großmann wirksam unterstützt. Die Berliner Unternehmer werden mit ihren Beschlüssen gegen die graphische Arbeiterchaft das Gegenteil erreichen. Die Versammlung war einseitig der Meinung, daß täglich und stündlich rege Arbeit zur Lärmerneuerung geleistet werden muß. Die Ortsverwaltung wird zur Bildung der funktionäre Kurse einrichten. Auf abschneidende Beteiligung wird bestimmt gerechnet. Näheres wird in der „Solidarität“ bekanntgegeben werden. Meldungen von Teilnehmern erfolgen schon jetzt beim Kollegen Bergemann im Ortsbureau voran. Bei der Behandlung der Organisationsangelegenheiten warnte Kollege Gloth vor einem graphischen Verein, der sich in Berlin unter Gabel als „Gewerkschaft“ etabliert hat und der auch auf Mitgliederangabe unter den graphischen Hilfsarbeitern ausgeht. Das graphische Kartell will ein Mittelungsblatt für alle vier Gewerkschaften herausgeben. Vom Novemberfortschritt sind bisher 25 Strafanträge gemeldet worden, die Geldstrafen bis 100 Mt. vorsehen. Eine Regelung über die Bezahlung der Extranächte ist erfolgt: für die kurze Nacht sind 30 Proz., für die lange Nacht 40 Proz. vom tariflichen Spitzenlohn der Hilfsarbeiter vereinbart worden. Für die Montagszeiten ist eine polizeiliche Verfügung erlassen worden, die den Arbeitsanfang auf 7 1/2 Uhr abends festsetzt und ebenfalls Bestimmungen über Ruhezeit, Verkauf usw. vorseht. Die Mitglieder müssen auf Einhaltung der Verordnung sehen. Der Obmann der Bibliothekskommission erfuhr um Abgabe der Bücher, die noch in Händen von Mitgliedern sind. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Leipzig. Generalversammlung am 24. März. Vor Eintreten in die Tagesordnung gedachte der Vorliegende in warmen Worten unserer verstorbenen Mitglieder. Einmarsch durchgeführte Türkontrolle gab Veranlassung zu einer

längeren Geschäftsordnungsdebatte, die aber in sich zusammenbrach, da die von der Opposition vorgebrachten Einwürfe nicht aufrechterhalten werden konnten. Annehmbar erstattete der Vorsitzende, Kollege Bener, den Bericht über das verlossene Geschäftsjahr. Die Geldentwertung und die daraus sich ergebenden Lohnverhandlungen usw. Buchdruck, Steinbrud und in den Schriftgießereien usw. stellen kaum zu bewältigende Anforderungen an die Organisationsleitungen. Unvergesslich bleibt der 10. August, der schwarze Tag für die Leipziger Buchdruckerchaft. Durch Massenfindigungen wurde die Kollegenchaft auf das Straßengäßchen geworfen, nach monatelanger Kurzarbeit, durch Arbeitslosigkeit dem Hunger und dem Elend preisgegeben. Die geschickten Lohnverhandlungen im November, die Weigerung der Prinzipale, einen weiteren Reichstafel für die Buchdruckkollegenchaft abzugeben, der einsehende Lohnabbau, der Neujahrsgruß in Form der geplanten Aussparung setzten all dem vorangegangenen noch die Krone auf. Bei den Verhandlungen im Schriftgießergewerbe konnten durch die tatkräftige Mitwirkung unseres Zentralvorstandes auch für die Schriftgießerkollegenchaft nennenswerte Erfolge erzielt werden. Mit noch größeren Widerständen hatte die Steinbrudkollegenchaft zu kämpfen. Die Erneuerung des Manteltarifs, der am 31. Mai abgelaufen war, konnte erst am 3. August erfolgen. In 20 Tarifverhandlungen wurde versucht, der immer mehr um sich greifenden Verelendung zu wehren. Kurz streifte Kollege Beyer die Arbeitslosigkeit mit ihren Folgeerscheinungen und ging dann zur Mitgliederbewegung über. Hierbei stellte er fest, daß unsere Organisation wesentlich günstiger abgeschlossen habe als manche andere. Den Mitgliedern, Funktionären, Vorstandsmitgliedern für ihre unermüdete Tätigkeit im verlossenen Geschäftsjahr seinen Dank auszusprechen, schloß Kollege Bener unter Beifall eine Ausführungen. Hierauf erstattete Kollege Wolten den Jahresbericht über 21 Jahre verwaltete er nur den Posten als Kassierer, zwei große Lohnbewegungen habe er, abgesehen von den vielen Kleintämpfen und der Kriegszeit, mit durchgemacht, aber was die Inflation gezeitigt habe, und die Kasse und vor allen Dingen dessen Verwalter habe durcmachen müssen, könne niemand in Worten ausdrücken. Nur durch größte Sparsamkeit in allen Refforts sei es möglich gewesen, den vollständigen Zusammenbruch zu verhindern. Den Kartellbericht gab ebenfalls Kollege Wolten, dabei hervorhebend, daß nicht alle getroffenen Veranstaltungen vom Kartell seitens der Arbeiterchaft genügend unterstützt worden seien. Die Aussprache eröffnete Kollege Bräunlich. Als Anhänger der Opposition verwarf er Kritik an der Tätigkeit der Verwaltung zu üben, der er selbst bis zum Oktober angehört hatte. Seine Ausführungen wurden von den Anwesenden derartig gemüßigt, daß er unter Gelächter vom Rednerpult abtreten durfte. Kollege Linder versuchte den Faden Bräunlichs weiter zu spinnen aber mit demselben Erfolg. Eine aufgestellte Behauptung, Kollege Grünthal habe die Arbeitlosen verraten, sollte er beweisen und erhielt dafür von der Versammlung weitere fünf Minuten Redezeit zugestimmt. Er machte aber hiervon keinen Gebrauch und erklärte nur, er habe zwar noch genügend Material (Zurufe raus damit) sei aber hier nicht als Arbeitloser, auch nicht als Vertreter der A.D. oder der Sächsischen Arbeiterchaft, sondern als „Gewerkschaftler“. Kollege Thielmann fertigte die beiden Vorredner unter lebhafter Zustimmung der Versammlung gründlich ab und hat zum Schluß die Anwesenden, sich diese Herren der Opposition genau anzusehen und bei der Wahl ihnen die gebührende Antwort zu geben. Kollege Grünthal wies die gegen ihn erhobenen und von Lügen streuenden Anklagen in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zurück. Der Vorwurf der Postenjägerei treffe ihn nicht. Er stelle aber unter Beweis, daß ihm von der Gegenseite Posten bei der Landtagskandidatur hinaus angeboten worden seien, die er alle abgelehnt habe. Nach der Aussprache über die Geschäftsberichte wurde der Antrag der Revisoren, die Kassierer zu entlassen und ihnen ein Mandatgeb von 150 Mt. und den 3 Schriftführern je 10 Mt. zu bewilligen, einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag, der Ortsverwaltung für ihre geleistete Tätigkeit den Dank auszusprechen und ihr weiteres Vertrauen entgegen zu bringen, gelangte mit überreicher Mehrheit zur Annahme. Ein Protestantrag gegen die Schmutzarartikel in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ wurde mit großer Majorität angenommen. Ein Antrag auf Bildung eines Festantrittshusses für das kommende Jahr wurde, da der Vorstand jeweilig hierzu Stellung nehmen kann, abgelehnt. Darauf kam es zur Bildung der Wahlkommission. Unter „Beschiedenes“ gab noch Kollege Schmidt bekannt, daß die Sammellisten vom Metallarbeiterstreik sofort im Bureau abzurechnen und alle Mitgliedsbücher, die im ersten Quartal nicht zur Kontrolle vorgelegt haben, umgehend im Bureau einzuliefern sind. Ein Antwort: Die Generalversammlung brachte der sogenannten Opposition (der kommunistischen Zelle) eine schwere Niederlag, obwohl von dieser Seite seit dem 25. Februar die größten Anstrengungen gemacht worden waren. So wurden zum Beispiel periodenweise Schwindelartikel nicht nur über den Vorliegenden, sondern auch über die einzelnen Verwaltungsmitglieder in der mit der Wahrheit ständig auf dem Kriegsfuß stehenden „Sächsischen Arbeiterzeitung“ veröffentlicht. In einer drei Tage vor der Generalversammlung stattgefundenen Funktionärskonferenz wurde mit Zustimmung der Kommunisten beschlossen, 18 Kandidaten auf die Vorschlagsliste zur Ortsverwaltung zu bringen. Ferner wurde, da mehr als 18 Vorschläge eingegangen waren, mit Zustimmung der Kommunisten einstimmig ein Antrag angenommen, über jede Kandidatur abzustimmen, um obigen Antrag durchzuführen. Bei dieser Abstimmung gaben die Funktionäre den Kommunisten, die wohl immer die Einheitsfront predigen, sonst aber das Gegenteil tun, die ihnen allein gebührende Antwort, indem sie die Kandidaten der „Opposition“ ablehnten. Die Kommunisten erhoben trotzdem Protest und erklärten unter allgemeiner Heiterkeit, daß sie kein Interesse mehr an der Abstimmung haben. Trotz dieser Willensänderung der Funktionäre haben die abgelehnten kommunistischen Kandidaten ihre Namen selbst auf einen besonderen Stimmzettel zusammengestellt, der dann im Laufe des Montags in den Betrieben unter der Kollegenchaft zur Verteilung gebracht wurden. Die am Sonntag zuvor im Restaurant Koffgarten stattgefundene Zusammenkunft aller Arbeitlosen des graphischen Gewerbes, der Buchdrucker, Steinbruder, Buchbinder und Hilfs-

arbeiter, hat wohl die Verbreitung des Stimmzettels der „Opposition“ überhoben müssen. Das ausgeschlossene Mitglied Worlop ließ es sich besondere Mühe kosten. Durch Beteiligung der kommunistischen Stimmzettel am Verfallungstotal und durch seine gewichtige Person glaubte er ganz besonderen Eindruck hervorgerufen und die graphische Hilfsarbeiterchaft vor dem Untergang retten zu können. Nummer hat die Kollegenchaft gepörscht. Mit übermächtiger Mehrheit wurde dem alten Vorstand der Dank für seine aufopfernde Tätigkeit ausgesprochen und nachstehender Antrag angenommen:

„Die Generalversammlung verwirft mit Entrüstung die Schmutzarartikel in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, die einige Kollegen unseres Verbandes ohne Angabe der Gründe mit den unflätigsten Schimpfwörtern belegen. Diese Sorte Artikel können nur den Unternehmern und Quertreibern helfen.“

Die darauf vorgenommene Wahl zeitigte folgendes Ergebnis: Abgegebene Stimmen 417, davon ungültig 80. Ein Teil dieser ungültigen Stimmzettel sind die von Worlop verteilten Klezettel. Im Stimmen erhielten: Buchdruck: Kurt Grünthal 214, Otto Rohland 190, Otto Thielmann 187, Frau Klara Gelle 200, Fräulein Elisabeth König 139; Steinbrud: Arthur Müller 267, Bernhard Höhn 241, Frau Olga Kurz 279; Schriftgießerei: Fräulein Klara Göbe 203; Revisoren: Georg Stamm 179, Max Cüß 175, Otto Heße 173, Hilde A. 97. Von den Kommunisten erhielten: Felix Linder 17, Paul Bauer 17, Fräulein Kolbe 19 und Max Thiele 17 Stimmen. Mitgeteilt sei noch, daß die Generalversammlung nach dem Delegiertenystem beschließt werden, auf je 5 Mitglieder entfällt ein Delegierter.

Bei der Verlogenheit dieser Gesellschaft darf man gespannt sein, ob nicht in einem neuen Artikel der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ diese Tatsache abgehandelt wird. Bei den Kommunisten ist das nicht unmöglich. Denn genau so wie der Vorliegende Bener zur selben Zeit, da er sich in Berlin auf einer Gewerkschaftskonferenz befand, in Verhandlung mit der Firma D. Spamer den Achtstundentag verraten und der Belegschaft dann in der Versammlung erklärt haben soll: „Arbeit nur 9 Stunden, wir werden die Sache schon einleiten“, genau so sind die Kommunisten auch noch zu anderen Lügen fähig.

Zahlstelle Berlin!

Theaterkarten vom 13. April, nachmittags 3 Uhr, im Neuen Theater am Zoo sind im Ortsbureau zu haben. Zur Aufführung gelangt „Die rote Rose“, Schauspiel von Eugène Brieux. Preis der Karte 80 Pf.

Abrechnungen.

In der Woche vom 24. bis 29. März gingen bei der Hauptkasse folgende Zahlungen ein:

- Gau 1. Köln 200 Mt., Bielefeld 270 Mt., Mülheim 20 Mt.
 - Gau 2. Frankfurt a. M. 50 Mt.
 - Gau Leipzig. 2200 Mt.
- Abrechnungen des 4. Quartals sandte Gau 1 (Bielefeld), Berlin, den 29. März 1924. H. P. D. a. h.

Literatur.

Namhaft Machosab. Vom Rührerfortsabe zum Ministerpräsidenten. Eine kurze Skizze seines Lebens von Anhalt. Preis: 1,00 Mt. Die Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 6, Anstalt, 6, hat den Vertrieb des Buches in Gewerkschafts- und Parteifreisen übernommen. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Internationale Gewerkschaftsbund in Anlehnung an die Unterzeichnung der Antifaschistenproklamation ein recht wirkungsvolles Plakat herausgegeben, das nach einer Originalzeichnung von Käthe Kolwitz: „Die Ueberlebenden“ hergestellt worden ist. Die Ausführung des Plakates ist außerordentlich gut und die markante Zeichnung von Käthe Kolwitz, die das durch den Krieg verurteilte Elend trefflich kennzeichnet, wird bestimmt die Wirkung haben, die der A.D. erzielen will. Das Plakat ist sehr gut geeignet in öffentlichen Räumen, Gewerkschaftsbureaus, Parteibureaus, Parteibuchhandlungen u. a. n. angebracht zu werden. Es wird zum Selbstkostenpreis von 2 Mt. durch die Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin 6, 14, Anstalt, 6, gegen Voreinleistung von 2 Mt. abgegeben. Anstalt, Berlin, 1914-1924. Kritische Gedanken zur gegenwärtigen Weltlage von Dr. Emil Strauß, Mannheim, Berlin, Leipzig, 3. Band, 1924. 93 Mt. „Die Ueberlebenden“ ist meine Beiträge zur Anwaltschaftsreform“ von Gustav Wab, Regierungsrat in Stuttgart, Kronenr. 44 Mt. Preis 25 Pf. (Vollnummer). Bereiten und Gewerkschaften wird bei Parteilosung (direkt vom Verfasser) Preisermäßigung gewährt.

Ein tüchtiger, flotter Abzieher

für unsere Abzügen-Abteilung sofort gesucht.
Dr. Selle & Co. A.-G.,
Graphische Kunstanstalten, Berlin SW. 29,
Joffener Straße 55.

Durch den Tod verloren wir nachstehend aufgeführte Mitglieder, die in unserer Zahlstelle mit vorbildlicher Pflichttreue und großem Eifer erfolgreiche Arbeit für die Organisation leisteten:

- Walter Klein, gef. 7. 1. 24.
- Paul Soika, gef. 10. 1. 24.
- Erich Below, gef. 7. 2. 24.
- Albert Simon, gef. 10. 2. 24.
- Marie Schöneemann, gef. 25. 2. 24.
- Wilhelm Schaefer, gef. 8. 3. 24.
- Wilhelm Ziemer, gef. 12. 3. 24.
- Franz Perschke, gef. 27. 3. 24.

Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen
Die Zahlstelle Berlin.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulze, Charlottenburg, Weichselstraße 16. Fernruf: Amt 10. Verlag: D. Sobahl, Charlottenburg. Verlag: Ausgabe 8 für Groß-Berlin: Dr. Bienenburg, Berlin. — Druck: Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin. — Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.